

## Referat Bezirksdelegiertenkonferenz Saarland, 19.09.15

**Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender**

Liebe Genossinnen und Genossen,

kein Zweifel – seit 2008 erleben wir eine tiefgehende andauernde Krise des Kapitalismus. Und seitdem Flucht nicht mehr nur ein abstraktes Wort für viele Menschen in den Industrieländern ist, wird diesen bewusst: Die Abschottung vor dem Elend, das in den kapitalistischen Zentren seinen Ursprung hat, funktioniert nicht mehr. Wir werden Zeugen von sich überlagernden Krisen und ihren Kriegen. Flüchtlinge treffen auf durch neoliberale Politik ausgeweidete Systeme der Daseinsvorsorge, auf Kommunen, die keine Luft zum Atmen haben. Der sogenannte Krieg gegen den Terror und der Kampf um die Weltherrschaft der westlichen Staaten destabilisieren eine Region nach der anderen und gebiert Monster wie den Islamischen Staat.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den letzten Monaten wird die innenpolitische Debatte maßgeblich vom Thema Flüchtlinge und Asyl bestimmt. Wie in den 90er Jahren versuchen Faschisten und Konservative wieder einmal politischen Nutzen aus der Not von flüchtenden Menschen zu ziehen. Von CDU/CSU über AfD bis NPD – alle hetzen mit verräterischen Begriffen wie Asylantenflut oder Asylmissbrauch gegen Menschen in Not. Migranten werden so zu Verbrechern abgestempelt – da ist es nicht weit bis zum Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkünfte. Verbrecherisch ist doch nicht, dass Menschen vor Krieg, Hunger, Not und Verfolgung zu uns fliehen, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, dass sich die EU-Staaten abschotten, den Menschen Hilfe verweigern und das Mittelmeer in eine Massengrab mit tausenden Toten verwandelt haben. In der EU findet ein Wettlauf statt: Wer kann Flüchtlinge, die durch die monatelangen Entbehrungen am Ende ihrer Kräfte sind, am effektivsten abschrecken. Ob NATO-Draht-Zäune, Sachmittel oder Schnellverfahren – die Botschaften sind eindeutig. Bleibt besser, wo ihr seid! Das ist die skandalöse heimliche Koalition von Neonazis bis zur Sozialdemokratie. Nun wird auch noch die Bundeswehr gegen sogenannte Schlepper eingesetzt, Boote sollen zerstört werden. Dies ist doch nur ein neuer Legitimierungsversuch für die Auslandseinsätze und wird einzig den Preis für die Flüchtlinge auf ihrer Odyssee noch weiter in die Höhe treiben.

Vorvorletzte Woche nun überschlugen sich die Ereignisse: Die Festung Europa hält nicht mehr, die Flüchtlinge lassen sich zu Recht nicht mehr abweisen, Ungarn öffnet die Grenze, Ungarns Präsident Orban spricht von einem „deutschen Problem“. Und nun kommt – von den Herrschenden so nicht erwartet – die Zivilgesellschaft ins Spiel. Statt Protest der braunen Rattenfänger bestimmt die Hilfsbereitschaft vieler tausend Freiwilliger die Medien. Diesem medialen Sturm kann sich die Politik zunächst nicht widersetzen, die CSU-Sprüche über die sog. Wirtschaftsflüchtlinge oder Asylmissbrauch verstummen kurzfristig und verschwinden zunächst in Kabinettsrunden. Merkel versucht sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, auch um ihr Image in Europa nach der Erpressung Griechenlands aufzupolieren. Und eine Woche später die erneute Kehrtwende: Wiedereinführung der Grenzkontrollen am letzten Wochenende. Jetzt sollen die Leistungen für Flüchtlinge massiv eingeschränkt werden. Auf der sogenannten Balkanroute droht aufgrund des Drucks durch Deutschland und Ungarn eine humanitäre Katastrophe. Die Herrschenden in Deutschland lassen ihre Welcome-Maske wieder fallen statt einen Politikwechsel einzuleiten im Interesse der Flüchtlinge und der Mehrheit der Menschen, mit massivem Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und Abgaben auf leer stehenden Wohnraum, mit mehr Lehrer/innen für die Schulen.

Was unterscheidet die heutige Situation von der von Anfang der 90er, als es durch einen Rechtsruck gelang, das individuelle Grundrecht auf Asyl weitgehend einzuschränken?

Es sind mehrere Faktoren. Da ist zum einen eine in Jahrzehnten entstandene breite Bewegung gegen Rassismus, die heute eine politische Kraft darstellt. Erinnern wir uns an die wahrscheinlich größte antirassistische Demonstration in unserem Bundesland mit 9.000 Teilnehmer/innen im Januar. Das ist auch das Potential, aus dem sich die momentane Solidaritätswelle speist. Zum zweiten positionieren sich die politisch Herrschenden ambivalent aufgrund der Interessen des Kapitals. Niemand bezweifelt heute mehr, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und die Unternehmen fordern eine stärkere Zuwanderung, am liebsten kontrolliert, aber notfalls eben auch durch Fluchtbewegungen, wie sie derzeit stattfinden. Ihnen ist dabei völlig egal, dass die Heimatländer der Flüchtlinge hierdurch ausgebildete Fachkräfte verlieren, die diese Staaten dringen benötigen. Drittens spielen damit zusammenhängend die Medien eine völlig andere Rolle als Anfang der 90er. Es wird geradezu gegen Fremdenfeindlichkeit oder die Angst vor einer Überlastung angeschrieben und angeredet. Und viertens sind die flüchtenden Menschen zum großen Teil viel selbstbewusster, haben teilweise Erfahrungen im politischen Kampf und beginnen, sich zu wehren.

Aus diesen Faktoren ergibt sich derzeit eine Stimmung, die bislang einen schnellen weiteren Rechtsruck in der Flüchtlingspolitik verhindert hat. Dies bedeutet aber nicht, dass dies stabil bleibt. Die Bevölkerung ist tief gespalten, wie wir aus Umfragen wissen und auch am rechten Rand werden die Kräfte stärker, eine Polarisierung macht sich breit. Ängste werden geschürt.

Erfreulich viele Menschen in unserem Land zeigen in diesen Tagen praktische Solidarität mit den zu uns geflohenen Menschen und setzen Zeichen gegen den wachsenden Rassismus. Dennoch fehlt diesen begrüßenswerten Initiativen oftmals die politische Analyse der Fluchtursachen. Es fehlt vielfach die Erkenntnis, dass diese Menschen Opfer des global agierenden Kapitals, Opfer der in Kapitalinteresse geführten Kriege, Opfer ihrer Marionettenregierungen werden. Diese Menschen fliehen vor Kriegen, die mit in Deutschland produzierten Waffen geführt werden. Sie verlieren durch den Raubbau des Kapitals an Mensch und Natur ihre Lebensgrundlagen. Transnationale Konzerne erobern mithilfe von IWF und Weltbank lokale Märkte und verdrängen unter der Losung der Deregulierung die regionalen Anbieter. TTIP und andere Handelsabkommen sollen den Schutz heimischer Produktion in Zukunft unmöglich machen. Das sind die Fluchtursachen, die es zu bekämpfen gilt. Allen voran die Fluchtursache Nummer 1, der global agierende Kapitalismus, der keinem Krieg aus dem Weg geht, wenn nur genug Profit oder strategischer Vorteil dabei herauspringt. Der derzeitige Höchststand an Flüchtlingen weltweit ist untrennbar mit der aggressiveren Außenpolitik der NATO-Staaten in den letzten Jahren verbunden. Ob in Syrien oder Libyen - Regime change oder einfach Putsch gegen unliebsame Regierungen ist wieder zu einer Hauptmaxime insbesondere der US-Außenpolitik geworden.

Im Saarland wirkt die DKP in einem breiten Bündnis, bunt statt braun, gemeinsam mit über 35 anderen Organisationen gegen rechts. Derzeit versucht eine NPD-Tarnorganisation mit Namen Sagesa – Saarländer gegen Salafisten – durch fortwährende Aktionen im Saarland den braunen Spuk aufrechtzuerhalten. Noch ist es ihnen nicht gelungen, mehr als vier Hände voll Leute für ihre wöchentlichen Hassauftritte zu mobilisieren - auch dank der zahlreichen Gegendemonstrationen, an denen auch viele unserer Genossinnen und Genossen beteiligt waren. Aber machen wir uns nichts vor: Das soziale Potenzial für die braunen Rattenfänger ist durch Hartz IV und Altersarmut viel größer als in den 90ern. Deshalb muss der Kampf gegen Sagesa und andere Initiativen weitergeführt und

möglichst verstärkt werden. Dresden lehrt: Sie dürfen keinen Fuß auf den Boden bekommen, sonst ist es zu spät.

Der Konferenz liegt ein Antrag zur antifaschistischen Arbeit vor. Lassen wir es nicht zu, dass Neonazi-Aktionen zu einem gewohnten Bild in saarländischen Städten werden. Es bleibt richtig, was auf einem unserer Transparente steht: Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen.

Ein Skandal ist, dass die saarländische Landesregierung Asylsuchende in gute und schlechte einsortiert, Kramp-Karrenbauer fordert die so wörtlich „konzentrierte Unterbringung“ von Flüchtlingen aus vermeintlichen sicheren Staaten. Das ist doch geradezu Wasser auf die Mühlen der Rassisten und Brandstifter. Und die SPD spielt weiter das Schoßhündchen der stock konservativen AKK. Ob gegen Flüchtlinge oder gegen die Ehe für alle – im Zweifel bedient Kramp-Karrenbauer immer die Stammtische, wenn sie auf Stimmenfang geht.

Wir fordern stattdessen gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften wie dem Saarländischen Flüchtlingsrat von der saarländischen Landesregierung:

Sofortige Umstellung der diskriminierenden Sachmittel auf Geldleistungen und dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen. Kein Mensch flieht freiwillig aus seiner Heimat, deshalb: Stopp aller Abschiebungen und Aufenthalts- und Arbeitsrecht für alle Flüchtlinge.

Schluss mit den Ausfällen gegen Flüchtlinge – Asylrecht ist Menschenrecht. Keine Sonderbehandlung von Flüchtlingen aus den Ländern Südosteuropas. Nicht die Asylsuchenden sind eine Bedrohung für das Saarland sondern die neoliberale Kaputtsparpolitik. Deshalb gilt es, die Kommunen bei der Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge sofort großzügig zu unterstützen, die bisherigen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus. Wir brauchen Profitbremsen statt Schuldenbremsen – Holt das Geld endlich bei den Reichen, den Banken und Konzernen, damit das Saarland eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen bieten kann.

Ich schlage vor, diese Forderungen als offenen Brief von dieser Konferenz an die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Parteien zu schicken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den beiden letzten Jahren haben die weltweiten Auseinandersetzungen um globale und regionale Vormachtstellungen, um ökonomische und militärische Herrschaft neue Zuspitzungen erreicht. Das Bestreben der USA, sich als einzige führende Weltmacht durchzusetzen, ist gescheitert; das sehen dort auch realistischere politische und ökonomische Kräfte. Gleichwohl versuchen die USA den weiteren Verlust der eigenen internationalen ökonomischen und auch militärischen Vormachtstellung aufzuhalten.

Die unipolare Weltordnung, unter Führung der USA, ist durch die ökonomische und finanzkapitale Zusammenarbeit so unterschiedlicher Staaten wie Brasilien, Russland, China und Südafrika, den BRICS-Staaten, und weitere internationale ökonomische Zusammenschlüsse aufgebrochen. Mit fortgesetztem geopolitischem Druck drängen die USA darauf, den internationalen Einfluss Russlands einzuschränken und Chinas Ausweitung zu verhindern.

In Europa versucht vor allem die USA durch die NATO-Osterweiterung den Einfluss Russlands ökonomisch und militärisch zurückzudrängen. Der in seinen Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkte

kapitalistische russische Staat wehrt sich gegen diesen Druck, gegen Einschränkungen des eigenen Einflussbereichs und militärische Einkreisung. Insbesondere die USA treiben diese Konfrontation voran und erhöhen mit ihrer aggressiven Politik die Kriegsgefahr. Die EU-Staaten haben sich dieser Linie grundsätzlich angeschlossen, insbesondere durch die einseitige Unterstützung des nationalistischen, aggressiven und antirussischen Regimes in Kiew.

In dieser Auseinandersetzung ist der atlantische Militär-Industrie-Komplex offensiver hervorgetreten. Die NATO hat eine neue militärpolitische Bedeutung erreicht. Sie tritt wieder offensiv auf als militärstrategischer Interessenvertreter des atlantischen Imperialismus. Durch den Generalsekretär verkündet sie eine aggressive Militärstrategie und übt Druck aus auf die Mitgliedsstaaten. Die Osterweiterung wird durch Truppenverlegungen und Waffensysteme in die baltischen Staaten und Polen und die faktische Einbeziehung der Ukraine verschärft. Die europäischen NATO-Staaten werden zu zusätzlicher Aufrüstung verpflichtet.

Die wirtschaftlichen Verflechtungen und die politisch-ökonomischen Interessen in der NATO sind zugleich unterschiedlich und widersprüchlich. Vor allem Deutschland, auch Frankreich und Italien und andere versuchen, im Interesse der exportorientierten Konzerne, Wege zu einer Deeskalation der Auseinandersetzung zu finden, wie in den Verhandlungen von Minsk. Notwendig sind sofort weitere Schritte zur Deeskalation und zur Verwirklichung des Minsker Abkommens und direkte Verhandlungen aller Beteiligten!

Eine Neuauflage eines kalten Krieges zwischen West und Ost ist eine unmittelbare Gefahr für den Weltfrieden. Verstärkt wird diese Gefahr noch dadurch, dass in dieser Auseinandersetzung nur imperialistische Staaten agieren, die allein den Profiten ihres Kapitals und nicht den Interessen der Menschen verpflichtet sind. Die Gefahr einer direkten militärischen Auseinandersetzung ist real, auch wenn der Westen den Wechsel in Moskau natürlich lieber durch ökonomischen Druck erreichen will.

Ein weiterer Brennpunkt im NATO-Raum ist die bürgerkriegsähnliche Entwicklung in der Türkei. Dieser Krieg findet im Einverständnis mit der NATO statt. Hier gilt unsere Solidarität uneingeschränkt dem kurdischen Volk und wir fordern die Bundesregierung und die EU-Kommission auf, Druck auf die türkische Regierung auszuüben, den Krieg sofort zu beenden!

Europa, das ist mehr als die EU, braucht ein wirksames System kollektiver Sicherheit zwischen den Staaten der NATO und den Nicht-NATO-Staaten.

Wir unterstreichen erneut unsere Unterstützung für die Forderung der Friedensbewegung nach einem sofortigen Abzug der Bundeswehr aus dem Ausland und fordern das Verbot von Inlandseinsätzen! Wir lehnen die Anschaffung von bundeswehreigenen Drohnen ab! Diese werden ausschließlich für Auslandseinsätze, also für Angriffskriege angeschafft.

Auch halten wir fest an unserer Initiative für eine Entmilitarisierung der Saar-Lor-Lux-Region. Weitere konkrete Forderungen stehen in einem Antrag, der dieser Konferenz vorliegt.

Die DKP Saarland arbeitet aktiv mit in der Friedensbewegung. Wir mobilisieren für die Aktion gegen die Drohnensteuerzentrale nächsten Samstag in Ramstein, zu den Ostermärschen sowie anderen Aktionen des FriedensNetz Saar und beteiligen uns an der Arbeit dieses Bündnisses. Wir bringen unsere Positionen in die Diskussionen und Aktionen ein und werben bei anderen linken und demokratischen Organisationen für eine Mitarbeit im FriedensNetz Saar.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es kriselt in der Welt des Kapitalismus. Dies zeigt auch die Entwicklung in und um Griechenland. Das griechische Volk wählte eine Regierung, in die die Hoffnung gesetzt war, den erpresserischen Kurs in der Euro-EU gegen das Land zu stoppen und zu überwinden. Die SYRIZA-Regierung war noch nicht richtig im Amt, da wurden ihr aus Brüssel und Berlin, also von den Vertretern des internationalen Finanzkapitals, schon die Zähne gezeigt. Vize-Kanzler Gabriel von der SPD ahnte, wo hinführen kann, was aus Athen gefordert wird: Ein struktureller Kurswechsel in der EU und in der Euro-EU. Als der griechische Ministerpräsident in der Runde der Euro-Regierungschefs seine Vorstellungen vortrug, entgegnete ihm Kanzlerin Merkel, sie habe andere. Basta! Zwar konnte die CDU-SPD-Bundesregierung nicht alle ihre noch reaktionäreren Vorstellungen durchsetzen, aber es wurde nach der Basta-Pfeife getanzt. Dies hängt sicher auch mit dem durch die Krise gewachsenen ökonomischen Übergewicht Deutschlands zusammen. Nachdem Deutschland durch die von Billiglöhnen angetriebene Exportwalze gestärkt aus der Krise kam, wie es Merkel versprochen oder gedroht hatte, soll am deutschen Wesen jetzt Europa genesen. Der Unterschied zum vergangenen Jahrhundert ist der, dass dies nicht nur im Interesse des deutschen Kapitals geschieht sondern quasi im Wettlauf der Nationen und Regionen um die besten Verwertungsbedingungen des transnationalen Kapitals. Das ist der eigentliche Grund, warum die anderen europäischen Regierungen nicht intervenieren. Sie erhoffen sich ebenfalls ein möglichst großes Stück vom griechischen Privatisierungskuchen, wollen Ansteckungsgefahren in Richtung eines Politikwechsels verhindern und lassen Merkel und Schäuble die Ausputzer spielen.

Von der Großen-Koalition aus Berlin wurde ein Kurs der finanziellen Erstickung und Strangulierung Griechenlands bis hin zu einem gezielten Absturz in eine humanitäre Katastrophe verfolgt. Ziel war ein „Grexit“ ohne Vorbereitung für Griechenland. Es ist nicht auszumalen, welche sozialen und vor allem auch politischen Folgen dies gehabt hätte. Nicht nur für Griechenland. Die Kampfbedingungen für die Gegner der Austeritätspolitik hätten sich nicht verbessert, sondern das Kräfteverhältnis wäre noch dramatischer in Richtung der Herrschenden verschoben worden. Ziel war nicht nur, die griechische Regierung zu erledigen, sondern jeglichem Widerstand den Kampf anzusagen.

Griechenland wurde mit den Vereinbarungen von Brüssel erneut ein Diktat aufgezwungen. Die Troika kann wieder regieren in Griechenland.

Diese Niederlage zeigt vor allem das aktuelle Kräfteverhältnis und zeigt den Kurs der Herrschenden, der zunehmend gegen Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Souveränität, Solidarität und gesellschaftlichen Fortschritt gerichtet ist. Die BRD-Regierung ist dabei ein treibendes Element.

Diese Politik der Erpressung, des „friss oder stirb“, hat seine Wirkung in Griechenland nicht verfehlt und wird dort seine Spuren hinterlassen. Mit den Zustimmungen des griechischen Parlamentes zu weiteren Kürzungen im Sozialbereich, für Privatisierungen öffentlichen Eigentums scheint eine Einordnung in die Politik der EU-Mächtigen von statten zu gehen. Morgen stehen Neuwahlen an und vieles ist offen wie es danach weiter geht.

Auch bei uns war und ist die Enttäuschung groß. Die bisherige SYRIZA-Konzeption ist gescheitert. Es gab Alternativen, die aber nicht angegangen wurden. Warum gab es solche Illusionen in die eigene Reformfähigkeit der herrschenden Kreise?

Wir haben aber auch Fragen an die Kommunistische Partei Griechenlands. War die Orientierung raus aus der EU und dem Euro eine realistische Option in dieser Phase? Ist die Orientierung, den Kapitalismus schnell zu überwinden, jetzt richtig, wo doch keinerlei Anzeichen für eine revolutionäre Situation gegeben ist?

Mit vielen anderen haben wir die Frage aufgeworfen, mit welcher Strategie und Taktik gegen diesen Gegner gekämpft werden muss und erfolgreich gekämpft werden kann. Selbstkritisch muss festgestellt werden, dass das griechische Volk den erforderlichen Schub an Solidarität auch aus unserem Land nicht bekam. Merkel und Schäuble konnten und können sich auf eine Mehrheitsmeinung stützen, die eine harte Gangart gegenüber „den Griechen“ gefordert hat.

Deutlich ist, mit welchem potenten Gegner wir es zu tun haben. Welche Macht und welche Möglichkeiten er hat. Auch in der BRD. Die Kampfbedingungen für fortschrittliche Veränderungen sind nicht einfacher geworden.

War das Aufbegehren der Mehrheit der Griechen, das OXI, nur eine Eintagsfliege in der jüngeren Geschichte dieses Landes? Oder wurde durch dieses Aufbegehren vieles auf die Tagesordnung und in aller Deutlichkeit ins Bewusstsein von Millionen Menschen gebracht, was nicht so schnell auszulöschen sein wird?

Fest steht: Die Politik der Austerität, wie sie in der EU und Euro-EU betrieben wird, löst keine Probleme. Sie verschlechtert das Leben und verbaut die Zukunft. Der Widerstand gegen die Austeritätspolitik ist nicht beendet. Nicht nur in Griechenland.

Denn Griechenland ist überall. Auch bei uns im Saarland sind die Folgen der Kaputtsparpolitik jeden Tag greifbar. Die Koalition aus CDU und SPD war wie ihre Vorgängerregierungen angetreten die Verschuldung abzubauen und sogar zu überwinden. Das Gegenteil ist aber Realität. Trotz Schuldenbremse mit dem Kaputtsparen nehmen die Schulden nicht ab, sondern zu. Die Gro-Ko im Saarland kommt mit dem Bettel- und Schmuskurs gegenüber ihrer Vorbildregierung in Berlin nicht weiter. Im Gegenteil. Bis vor einigen Tagen wurden vom neuen Länderfinanzausgleich 500 Millionen € jährlich zur Deckung der Zinslasten in gleicher Höhe erhofft. Davon blieben in wenigen Tagen nur noch 360 Millionen. Jetzt ist ein Kompromiss-Papier im Umlauf. Der Länder-Finanzausgleich, gesetzlich verankert, soll nicht nur aufgeweicht, sondern abgeschafft werden. Die Verpflichtung des Grundgesetzes, in der BRD für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen, wird endgültig aufgegeben. Stattdessen werden Mittel für das Saarland steuerabhängig gemacht. Es soll in Zukunft davon abhängen, wie sich das Umsatzsteueraufkommen entwickelt.

Zukunftssicherheit wird dies nicht bringen. Die dringende und erforderliche Entschuldung des Landes kann nicht stattfinden. Es wird mit der Gro-Ko dabei bleiben: Kuschen vor Berlin und vor Ort den Gürtel weiter enger schnallen. Eine saarländische Landesregierung hat mit dieser Politik in Zukunft nichts mehr an Zukunft zu gestalten, als den Mangel zu verwalten und weiter den Rot-Stift anzusetzen. Das wird das Leben im Saarland alles andere als verbessern. Es droht der Weg in den Konkurs.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Bilanz der GroKo im Saarland ist erschütternd.

Das Saarland hat - so wie Griechenland - nicht über seine Verhältnisse gelebt. Die Schulden des Saarlandes sind das Ergebnis der Strukturkrisen, die das Land infolge der über hundertjährigen Montanstruktur, von der die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik über Jahrzehnte profitierte, zu bewältigen hatte. Dabei dürfen auch die zig Millionen Subventionen nicht vergessen werden, die Unternehmen und ihren Anteilseignern zugeschustert wurden. Sie ist die Folge von massenhafter Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsverlagerung in sogenannte Billiglohnländer, was in Hartz IV und Altersarmut führt. Sie ist die Folge der Steuerpolitik des Bundes, die Konzerne und große Vermögen entlastet.

In keinem anderen Bundesland verbuchten die Städte, Gemeinden und Kreise ein so großes Haushaltsdefizit pro Einwohner wie im Saarland. 319 Euro pro Kopf lagen die Etats am Ende des Haushaltsjahres 2014 im Minus. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. Das Defizit betrug insgesamt 315 Millionen Euro. Ein Jahr zuvor hatte es noch bei 294 Millionen Euro gelegen.

„Die Lage im Saarland ist dramatisch, auch weil die Finanzkrise landesweit alle Städte und Kreise betrifft“, sagte René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung. Mit der Kredithöhe steigen die Zinsrisiken. Weil Kassenkredite kurze Laufzeiten haben, würden sich etwaige Zinsanstiege schnell in den Haushalten niederschlagen. Bereits heute zahlen die saarländischen Kommunen pro Einwohner drei Mal mehr Zinsen als jene in Sachsen oder Baden-Württemberg. „Bestehende Haushaltskrisen verschärfen sich – trotz bundesweit guter Konjunktur und finanzpolitisch positiver Trends“, sagte Geißler.

Zwei wichtige Ursachen für Defizite und Verschuldung sind die Steuerkraft und die Hartz-IV-Wohnkosten. Letztere sind direkt abhängig vom Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit und gelten als klassische kommunale Sozialleistung. Kaum eine notleidende Kommune schafft es, diese Faktoren mittelfristig wesentlich zu verbessern. Die saarländischen Kommunen sind traditionell relativ steuerschwach. Keine der sechs Kommunen erreicht den bundesweiten Durchschnitt.

Diese Studie ist eine Steilvorlage für unsere Politik. Wir sollten die entstandene Situation nutzen und erneut unsere Argumente nach draußen tragen, mit einem Flugblatt oder einer kleinen Zeitung, in der wir unseren Standpunkt darlegen:

**Entschuldung jetzt! Schuldenschnitt und Entlastung von den Altschulden!**

**Umverteilung durch Besteuerung der Konzerne und der großen Vermögen!**

Detaillierte Forderungen zur Landespolitik haben wir im uz Saarlandreport verbreitet, die ich aus Zeitgründen hier nicht wiederhole. Zu weiteren kommunalpolitischen Fragen wird Franz nachher einen Beitrag halten. Wie möchten aber an dieser Stelle nicht vergessen, dass es Hans und Franz gemeinsam mit den Püttlinger Genossinnen und Genossen, auch mit Unterstützung aus dem Bezirk, unter nicht einfachen Bedingungen gelungen ist, ein Mandat im Püttlinger Stadtrat zu verteidigen. Dazu beglückwünschen wir Euch nochmals und danken für Euer Engagement.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es zeigen sich aber auch Kräfte, die den Kurs der Groko nicht weiter hinnehmen wollen, z. B. bei den Protestaktionen der Studierenden, z. B. die kritische Stimmen in Kreistagen und Kommunalparlamenten, bei den Sozialverbänden und ihren Einrichtungen, z. B. bei den

Gewerkschaften. Die Gewerkschaft Ver.di, die zunehmend in ihrer Interessenvertretung mit diesen krisenhaften Entwicklungen konfrontiert wird, setzt sich zurzeit innerhalb der DGB-Gewerkschaften entschiedener und grundsätzlicher mit der Sparpolitik und der Schuldenbremse auseinander. Ver.di-Personalräte aus den Kommunen und Landkreisen fordern in einem Brief an die Landesregierung die Aufhebung des Ministererlasses und der dort festgelegten kommunalen Schuldenbremse sowie die Vermögensumverteilung und einen Entschuldungsfond. Seit Monaten macht ver.di mit Demos, Aktionen vor Krankenhäusern und Arbeitsniederlegungen der Beschäftigten auf die katastrophale Personalnot in den Krankenhäusern aufmerksam und lässt dabei nicht locker. Es gibt verschiedene Initiativen, die sich gegen das Freihandelsabkommen EU-USA (TTIP) wehren.

Es verbreitet sich die Erkenntnis, dass etwas geschehen muss: Druck aus dem außerparlamentarischen Bereich, die Zusammenführung der Kräfte, die etwas ändern wollen. Das ist ein notwendiger und guter Ansatz, für den die DKP seit Jahren eintritt und immer wieder Initiativen vorgeschlagen hat.

Ein wichtiger Schritt zur Vernetzung des Widerstandes war der ver.di-Ratschlag am 14.10.2014 mit 120 TeilnehmerInnen. Es gab eine deutliche Grundsatzkritik an neoliberaler Politik und Schuldenbremse, bis hin zu Bürgermeistern und der Geschäftsführung des Städte- und Gemeindetages. Und es gibt die Bereitschaft, gemeinsam auf die Straße zu gehen. Es gilt, insbesondere andere Gewerkschaften einzubeziehen. Der Diskussionsbeitrag der DKP auf dem Ratschlag und besonders auch unser Forum „Kapitalismus – Krise – Kaputtsparen – Für ein Saarland der Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenwürde“ Anfang Februar wurde von Gewerkschaftskollegen und Bündnispartnern vielseitig beachtet. Da gibt es Interesse an unserem Standpunkt und unseren Schlussfolgerungen und eine solidarische Debatte darüber. Neben anderen Faktoren hat sicher dazu beigetragen, dass wir seit Jahren dieses Thema schwerpunktmäßig bearbeiten und Politik entwickeln.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unserer Konferenz liegt eine EntschlieÙung vor „Wie weiter in der Kampagne: Stoppt die Kaputtsparer – die Reichen müssen zahlen – Entschuldung jetzt!“. In dieser EntschlieÙung legen wir als DKP unsere Einschätzungen und Schlussfolgerungen zu dieser Problematik zusammengefasst dar. Ihr habt euch sicherlich damit beschäftigt.

Das ist unser Beitrag im Kampf gegen die menschenfeindliche neoliberale Politik in der EU. Die Herrschenden der BRD und ihre Regierungen sehen in der Durchsetzung der Austerität aktuell die besten Möglichkeiten ihre Macht- und Herrschaftsansprüche nach außen und innen durchzusetzen. Sie ist aktuell eine effektive Methode, um ganze Völker und vor allem die Arbeiterklasse und ihre Interessenvertretungen, die Gewerkschaften zu schwächen und an die Leine zu legen. Jeder fortschrittliche Ansatz zur Veränderung des Kräfteverhältnisses soll unterbunden werden. Es geht um einen Klassenkampf, in dem es um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitenden geht. Diese Politik in der EU und auch in der BRD verbessert nicht das Leben der Arbeitenden, sondern verschlechtert es. Besonders auch im Saarland.

Die plumpe Position, diese kapitalistische Gesellschaft sei nicht reformierbar, ist nicht geeignet, der Offensive der Herrschenden aktuell etwas entgegen zu setzen. Die Negierung des Kampfes um Reformen, für eine Wende zu demokratischem und sozialen Fortschritt als Alternative zu dem Kurs der Herrschenden bringt gar nichts. Dies stoppt die Herrschenden nicht, verändert aktuell kein

Kräfteverhältnis. Die Türen für weitere reaktionäre Veränderungen bleiben nur weit geöffnet. Der Kampf um Reformen, die das Leben der Arbeitenden verbessern, die das Kräfteverhältnis zugunsten der fortschrittlichen Kräfte und somit der Arbeiterklasse verändern, ist unverzichtbarer Bestandteil der Theorie und Praxis der DKP. Es ist eine der Schlüsselfragen, die die DKP in ihrer Existenz immer von Revoluzzertum und Links-Sektierertum unterschieden hat. Diese Kontinuität ist in Gefahr!

Der Leitantrag der Mehrheit des Parteivorstandes gibt Auskunft darüber, auf welchem Niveau wir in der Gesamtpartei in dieser Frage sind. Auch der Kampf gegen die Austeritätspolitik spielt in den Aufgabenstellungen überhaupt keine Rolle, obwohl wir es in der Kommunal- und Landespolitik immer damit zu tun haben.

Uns liegt ein Antrag an den Parteitag vor, den Leitantrag deshalb nicht zu verabschieden, sondern weiter zu diskutieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit der Weiterführung unserer Kampagne „Stoppt die Kaputtsparer- Entschuldung jetzt – Die Reichen müssen zahlen!“ sehen wir uns als Kommunisten inmitten dieser Auseinandersetzung und des Kampfes.

Wir werfen erneut drängende Fragen auf, die herangereift sind und beantwortet werden müssen. Nicht nur von uns. Aus der Entwicklung von Griechenland lernen heißt für uns zusammen mit den Gegnern der Kaputtsparpolitik eine schlüssigere Antwort zu finden, mit welcher Strategie und Taktik erfolgreicher und nachhaltiger gegen die Austeritätspolitik gekämpft werden kann.

Die DKP hat im Saarland in den zurückliegenden Jahren Impulse und Anregungen gegen die Austeritätspolitik eingebracht. Die DKP greift mit eigenen Aktivitäten als eigenständige Kraft, als kommunistische Partei in die Auseinandersetzung um die Zukunft der Saarländerinnen und Saarländer ein. Dies werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

Die DKP setzt sich als kommunistische Partei dafür ein, dass dies nicht nur ein Kampf um Reformen zur Abmilderung oder zum Stopp der verheerenden Entwicklung ist, sondern dass sich die Erkenntnis verbreitert, dass nur eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung diese Probleme und Krisen der kapitalistischen Gesellschaft überwinden kann.

Die DKP engagiert sich gegen rechts. Gegen rechte Demagogen und die braunen Hetzer. Denn: Neonazis arbeiten für die Verschärfung der kapitalistischen Verhältnisse und für die Reichen!

Die DKP sucht den solidarischen und kritischen Dialog, um die gesellschaftlichen Verhältnisse vor allem nachhaltig zu verändern. Wir wollen dabei dazu lernen und wertvolle Erfahrungen sammeln.

Die DKP sieht vor allem auch den DGB und seine Gewerkschaften herausgefordert eigene gesellschaftspolitische Alternativen zu entwickeln und darum zu kämpfen.

Die DKP unterstützt und fördert mit ihren Möglichkeiten die Entwicklung breiter gesellschaftlicher Allianzen gegen die Austeritätspolitik und für deren Überwindung. Wir sehen in einem radikalen Politikwechsel einen Baustein für eine Wende in der Gesellschaftspolitik zu demokratischem, sozialem Fortschritt, zur Sicherung und Verbesserung der Existenz- und Lebensgrundlagen für die Menschen.

**Die DKP bleibt dabei: Schluss mit den Kürzungsprogrammen, weg mit der Schuldenbremse! Ein radikaler Politikwechsel ist notwendiger denn je! Die Reichen müssen zahlen! Für die Solidarität und das gemeinsame Handeln aller Betroffenen! Das Saarland muss entschuldet werden!**

**Die DKP im Saarland arbeitet auf der Grundlage des Parteiprogramms der DKP.**

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage ist nun im Saarland die Debatte um die Schuldenbremse neu entbrannt. Vor allem mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingsentwicklung haben Wirtschaftsministerin Rehlinger und Bildungsminister Commerçon Zweifel an der Schuldenbremse geäußert. Rehlinger sagte gegenüber der Nachrichtenagentur dpa, es sei eine völlig neue Situation, mit der man nun konfrontiert sei. Die jüngste Entwicklung gebe Anlass, „die Schuldenbremse neu zu bewerten“.

Commerçon warnte davor, dass die Schuldenbremse nicht zu einer „Investitions- und Bildungsbremse“ werden dürfe. Unter anderem mit Blick auf Flüchtlingskinder, die „angemessen beschult“ werden müssten, müsse der zur Einhaltung der Schuldenbremse beschlossene Abbau von Lehrerstellen überprüft werden.

Zuvor hatte auch der Völklinger Oberbürgermeister und Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Klaus Lorig (CDU), angesichts der steigenden Kosten durch die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen gewarnt, man dürfe nicht stur bei der bisherigen Sparpolitik bleiben.

Zunächst ist natürlich zu begrüßen, dass es in dieser Frage endlich Bewegung gibt. Andererseits ist es ein fatales Signal, die Frage der Schuldenbremse an den Flüchtlingen festzumachen. Daraus kann sehr leicht konstruiert werden, dass die Asylsuchenden Schuld sind an neuen Schulden. Schon begründet Schäuble damit neue Einsparungen im Bundeshaushalt. Wir wissen aber genau: Die Schuldenbremse dient nicht dem Abbau von Schulden, dies wäre mit einer anderen Steuerpolitik und einer Entschuldung schnell zu regeln. Die Schuldenbremse ist der Hebel zum verstärkten neoliberalen Umbau der Gesellschaft, für mehr Privatisierung, für weniger staatliche Leistungen in der Daseinsvorsorge und in der Bildung. Neue Märkte sollen erschlossen werden für das Kapital – das ist das politische Ziel, das mit der Schuldenbremse erreicht werden soll.

Liebe Genossinnen und Genossen,

als ich in den 80er Jahren in die DKP eingetreten bin, war ein Hauptgrund, dass diese Partei in der Lage war, die aktuellen politischen Entwicklungen in attraktiver Weise zu analysieren und daraus eine kluge Politik abgeleitet hat, dass sie Grautöne wahrnahm und um politische Veränderungen kämpfte. In diesen Tagen könnte man an dieser Partei verzweifeln. Da liegen interessante, dramatische Ereignisse auf dem Tisch, wie geschaffen für eine dialektische Analyse durch MarxistInnen und was macht unsere Parteiführung: Sie spricht ex cathedra von Illusionen, denen das griechische Volk hinterhergelaufen sei, von einer Krise des „Reformkommunismus“ und der linken Sozialdemokratie. Es ist unglaublich hochnäsiger. Eine Partei, die in den letzten Jahren immer weiter an Einfluss verliert, deren überregionalen Wahlergebnisse sich im 0,1 %-Bereich bewegen, erklärt einer linken Bewegung die Krise, die gerade in einem Land die Regierung übernommen hatte, die in Spanien die Bürgermeister in den 5 größten Städten des Landes stellt. Anstatt die gemeinsame Diskussion und Aktion zu suchen, wird die griechische Niederlage nicht als die eigene wahrgenommen. Diesen eklatanten Mangel an Solidarität und Klugheit hat es in der Geschichte der DKP noch nicht gegeben.

Wir versuchen im Bezirk Saarland trotz unserer immensen organisationspolitischen Schwächen seit Jahren einen anderen Weg zu gehen. Wir bemühen uns darum, Politik auf dem Boden des Parteiprogramms zu machen. Wir verzichten nicht zugunsten revolutionärer Phrasendrescherei auf das Politikmachen und begnügen uns auch nicht mit dem Kampf um das Teewasser. Aus unserer gemeinsamen Einschätzung, dass sich die Klassenkämpfe im Saarland um die Frage von Austeritätspolitik und der Zukunft des Saarlandes zuspitzen, führen wir seit zwei Jahren ein Kampagne „Stoppt die Kaputtspärer – Entschuldung jetzt – Die Reichen müssen zahlen!“ Wir tun dies nicht, weil wir glauben, dass die Probleme des Saarlandes, einer strukturschwachen Region, im Kapitalismus lösbar sind, sondern weil wir eingreifen wollen in die Auseinandersetzungen, weil wir inhaltliche Beiträge leisten wollen in den heutigen Kämpfen und weil wir in diesen Kämpfen gemeinsam mit anderen nach Wegen aus dem kapitalistischen Krisensystem suchen und diese gemeinsam beschreiten wollen. Dabei brechen wir in unseren Alternativen mit der Logik des Kapitals. Wir denken unsere Zukunft „in Farbe“, wie der Vorsitzende der Partei der Arbeit Belgiens, Peter Mertens, in seinem sehr empfehlenswerten Buch „Wie können sie es wagen“ schreibt und werben für eine sozialistische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Und wir machen positive Erfahrungen: Unser uz-saarlandreport zur Kampagne, den wir in einer Auflage von 15.000 im Mai 2015 verteilt haben, traf auf sehr gute Resonanz. Wir sind auf diesem Feld eine anerkannte Kraft, der inhaltlich viel und organisatorisch kaum etwas zugetraut wird. So ist es auch zu erklären, dass sich diese Politik noch nicht in die Werbung neuer Mitglieder umsetzen lässt. Daran müssen wir dringend etwas ändern, sonst erledigt sich mittelfristig das Kapitel DKP Saarland trotz aller politischen Bemühungen.

Leider werden sich mit dem 21. Parteitag aller Voraussicht nach die Bedingungen für diesen Kampf im Saarland nicht verbessern – im Gegenteil.

Der Parteivorsitzende Patrik Köbele und sein Stellvertreter Hans-Peter Brenner proklamieren in ihren jüngst in der uz veröffentlichten Thesen für den politisch schwächsten Leitantrag in der Geschichte der DKP einen Stellenwert ähnlich der Thesen des Hamburger Parteitags. Welche Selbstüberschätzung! Gleichzeitig soll den Mitgliedern die Augen verkleistert werden. Wie alle „Revisionisten“<sup>1</sup> erklären sie, das gültige Parteiprogramm nicht ändern zu wollen. In Wirklichkeit soll es durch hohle revolutionäre Phrasen quasi eingemauert werden, in der Praxis spielt es längst keine Rolle mehr, auch nicht mehr in der zentralen Bildungsarbeit. Mit dem Antrag zur flächendeckenden Kandidatur zu den Bundestagswahlen soll die DKP ganz bewusst gegen die Partei DIE LINKE aufgestellt werden. Abgrenzung statt gemeinsamer Kampf ist das Leitmotiv, wie man auch an dem Antrag zum Austritt aus der Europäischen Linken sehen kann. Der Weg ins Sektierertum wird begleitet von gesundbeterischen Aussagen zum Zustand der Partei. Man fühlt sich wohl in der Nische der besserwiserischen Buchweisheiten, man macht sich nicht die Finger schmutzig als kämpfender Bestandteil einer widersprüchlichen heterogenen Bewegung gegen den Neoliberalismus und gegen Austeritätspolitik. Deshalb geht man in der Handlungsorientierung gleich auf Nummer sicher: Zwei Punkte-Partei, Frieden und Antifa. Da kann man vermeintlich nichts falsch machen. Eine Bankrotterklärung! Auf dieser Grundlage kann man die DKP weder entwickeln noch zusammenhalten. Der politisch-inhaltliche Zerfallsprozess hat längst begonnen.

---

<sup>1</sup> Im Sinne einer schleichenden Veränderung der Programmatik der DKP in wesentlichen Punkten und nicht im Sinne der politischen Strömung des Revisionismus in der Arbeiterbewegung.

Uns geht es nach wie vor um die Zukunft der DKP. Um die Zukunft der kommunistischen Organisation, die weiterhin gebraucht wird und alles andere als überflüssig ist. Uns und vielen anderen geht es um die Weiterentwicklung der DKP auf der Grundlage der Kontinuität der DKP. Verschiedene Personenkreise, die sich in der jetzigen Mehrheit zusammengefunden haben, wollen dies offensichtlich nicht. Nicht immer wird die Katze aus dem Sack gelassen, wo die Reise eigentlich hingehen soll. Das gefährdet die Organisation DKP.

Wir werden diskutieren und nach dem Parteitag entscheiden müssen, ob wir diesen Weg mitgehen wollen. Bisher war das Parteiprogramm in seiner Gesamtheit Grundlage unserer Politik und unseres Handelns. Ob wir für eine andere, eine sektiererische Politikvariante zur Verfügung stehen oder nicht und wie wir damit umgehen, müssen wir nach dem Parteitag verantwortungsvoll entscheiden.

Wir schlagen Euch vor, auf einem zweiten Tag der Konferenz nach dem 21. Parteitag der DKP Ende2015/Anfang 2016 eine Situations- und Standortbestimmung vorzunehmen. Wir wollen dann Schlussfolgerungen für die Arbeit der Bezirksorganisation beraten und beschließen. Die Leitungsorgane der Bezirksorganisation sollen ebenfalls auf diesem zweiten Tag neu gewählt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wut machen gilt nicht. Darum lasst uns gemeinsam weiter streiten mit Herz und Verstand: Stoppt die Kaputtsparer- Für eine lebenswerte Zukunft im Saarland! Gegen Kapitalismus und Krieg!  
Gemeinsam gegen rechts!

Glück auf!